



Standbild aus dem Film „Trumbo“, der eindrucksvoll die Hexenjagd auf Andersdenkende in den USA darstellt.

TRUMBO

Spielfilm, USA 2015, 124 Min, Regie: Jay Roach

Der Film erzählt von der aggressiven Kommunismatz der McCarthy-Ära in den USA Ende der 1940er, Anfang der 1950er Jahre.

Dalton Trumbo war der prominenteste der „Hollywood Ten“, jener zehn Autoren und Regisseure, die 1947 vor das „Komitee für unamerikanische Umtriebe“ zitiert wurden, um befragt zu werden, ob sie kommunistische Inhalte in ihre Filme eingeschuggelt hätten und ob sie Parteimitglieder seien. Vor allem aber sollten sie andere der Mitgliedschaft in der Kommunistischen Partei bezichtigen, obwohl diese Mitgliedschaft nicht einmal verboten war. Die „Hollywood Ten“ verweigerten die Aussage und landeten erst im Gefängnis und dann auf der schwarzen Liste. Sie durften für keine Filmfirma mehr arbeiten, die Mitglied der „Motion Picture Association of America“ war.

Es wurde dann ein politisches Kräftemessen unter Superstars der damaligen Zeit. Auf der Seite der Jäger war John Wayne die Leitfigur; die freie Rede verteidigten Gregory Peck, Humphrey Bogart und Lauren Bacall.

Der Film zeigt die Hexenjagd auf Andersdenkende und die persönlichen Folgen für die Betroffenen.

Doch Trumbo trotzte der Situation – gewann sogar zwei Oscars, während er auf der schwarzen Liste stand, 1953 für „Ein Herz und eine Krone“ mit Audrey Hepburn und Gregory Peck, 1956 für „Roter Staub“. Die Auszeichnungen mussten damals Strohmänner entgegennehmen.

Dienstag, 8. Mai 2018, 19.30 Uhr

VHS Hannover-Land | Veranstaltungszentrum Leinepark, Kino
Suttorfer Str. 8 | 31535 Neustadt a. Rbge.

In Kooperation mit dem Filmclub Leinepark e.V. Neustadt



2. Juni 1967 – eines der bekanntesten Fotos der deutschen Nachkriegsgeschichte. Benno Ohnesorg unmittelbar nach dem tödlichen Schuss in den Hinterkopf. Die Frau neben ihm, Friederike Hausmann, bekam wegen ihrer politischen Aktivitäten während des Studiums als Lehrerin Berufsverbot. Fotograf: Jürgen Henschel

Der Mord an Benno Ohnesorg am 2. Juni 1967 und die Folgen

Film | Vortrag | Diskussion

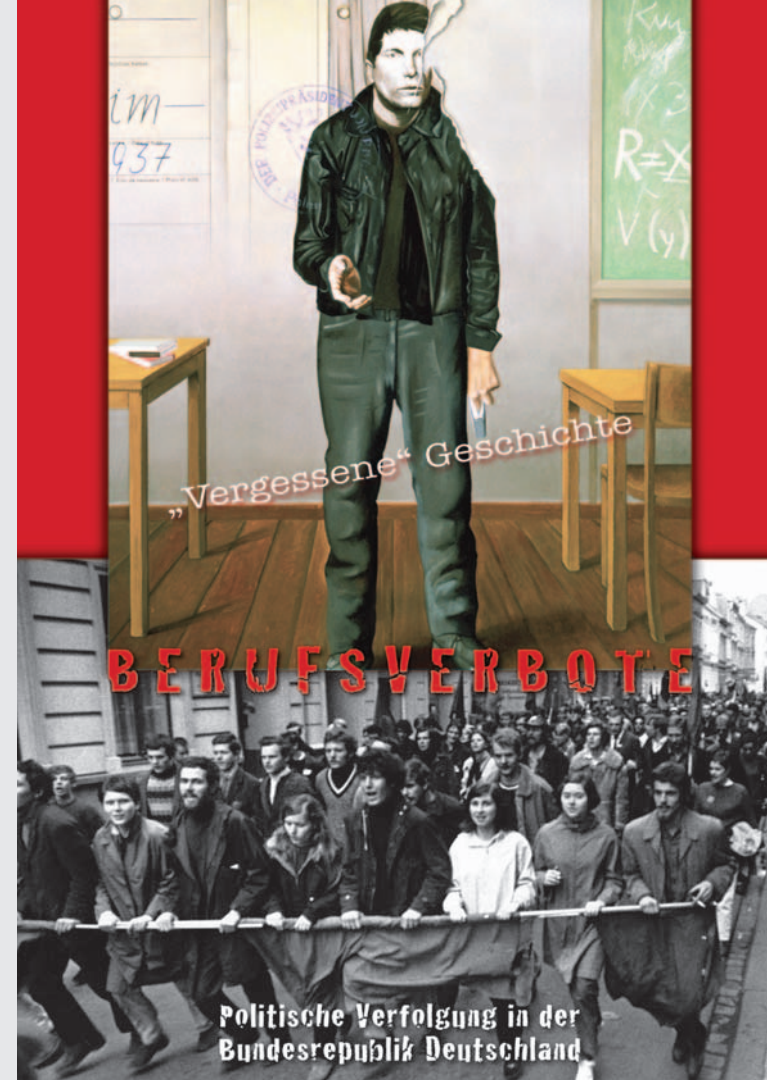
Der 2. Juni 1967 ist ein folgenreiches Datum in der deutschen Nachkriegsgeschichte: An diesem Tag erschoss ein Westberliner Polizeibeamter den aus Hannover stammenden Studenten Benno Ohnesorg während einer Demonstration gegen den Schah von Persien. Nach diesem ersten Toten der Studentenbewegung wuchs die Angst vor einem entfesselten Polizeistaat, der – wie die Westberliner Bereitschaftspolizei – durchgesetzt war von ehemaligen NS-Tätern. Der Todesschütze wurde nie betrafft und arbeitete – wie sich später herausstellte – nebenbei auch noch für die Stasi. Am 11. April 1968 schoss ein Neonazi den Studentenführer Rudi Dutschke nieder, am 30. Mai 1968 wurden die Notstandsgesetze von einer Großen Koalition aus CDU und SPD verabschiedet, mit denen das Grundgesetz teilweise außer Kraft gesetzt und deutsches Militär für Einsätze im Inneren ermächtigt werden konnte. Ab 1971 diskutierte eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe, wie man linke Kritiker aus dem Öffentlichen Dienst fernhalten könnte. Eine unheilvolle Entwicklung nahm ihren Lauf ...

Zur Rekonstruktion des Mordes an Benno Ohnesorg, der die Bundesrepublik verändern sollte, werden bislang wenig bekannte Film- und Fotoaufnahmen verwendet.

Donnerstag, 24. Mai 2018, 19.30 Uhr

Raum 17, 1. Etage

VHS Hannover-Land | Veranstaltungszentrum Leinepark
Suttorfer Str. 8 | 31535 Neustadt a. Rbge.



AUSSTELLUNG

**27. April –
1. Juni 2018**

VERNISSAGE

27. April 2018, 19.30 Uhr

VHS Hannover-Land | Veranstaltungszentrum
Leinepark, Suttorfer Str. 8 | 31535 Neustadt a. Rbge.
Veranstalter: Arbeitskreis Regionalgeschichte



Szene während einer Demonstration Ende der 1960er Jahre. Auch mit Berufsverboten sollten die Protestbewegungen eingedämmt werden. Fotograf: Günter Zint

„Vergessene“ Geschichte

BERUFSVERBOTE

Politische Verfolgung in der Bundesrepublik Deutschland

AUSSTELLUNG

Ende der 1960er Jahre stellten sich westdeutsche Politiker*innen, Jurist*innen, Polizei und Geheimdienste die Frage, wie die Massenproteste an Universitäten und in Betrieben eingedämmt werden könnten. Besonders fürchteten die staatlichen Organe, dass eine neue linke Studentengeneration in staatliche Strukturen einsickern und diese von innen verändern könnte. Eine 1971 eingesetzte Bund-Länder-Arbeitsgruppe diskutierte Möglichkeiten, linke Kritiker aus dem Öffentlichen Dienst fernzuhalten. Die zu ergreifenden Maßnahmen sollten einschüchtern und abschrecken. Auf Grundlage dieser Vorarbeiten verabschiedete die Konferenz der Ministerpräsidenten der Länder am 28. Januar 1972 den so genannten Radikalenerlass. Die Folgen: Etwa 3,5 Millionen Personen wurden politisch überprüft. Die Geheimdienste meldeten den Einstellungsbehörden zwischen 25 000 und 35 000 „verdächtige“ Bewerber*innen. Öffentlich bekannt geworden ist, dass mehr als 10 000 Berufsverbotsverfahren eingeleitet, etwa 2 250 Bewerber*innen nicht eingestellt und 256 Beamt*innen entlassen wurden. Die Dunkelziffer dürfte erheblich höher liegen.

In der Ausstellung wird das gesellschaftliche Klima der damaligen Zeit dargestellt, gleichzeitig aber auch auf die historischen Vorbilder und die Konsequenzen dieser Politik der Einschüchterung verwiesen.

Freitag, 27. April –

Freitag, 1. Juni 2018

VERNISSAGE 27. April 2018, 19.30 Uhr

Foyer u. Raum 17

VHS Hannover-Land | Veranstaltungszentrum Leinepark,
Foyer, 1. Etage | Suttorfer Str. 8 | 31535 Neustadt a. Rbge.



Öffnungszeiten der Ausstellung:

Mo.–Do. 9–18 Uhr

Fr. 9–14 Uhr

Führungen können angemeldet werden beim Arbeitskreis Regionalgeschichte:

Tel. 0 50 32 - 6 17 05

ak.reg@t-online.de

Plakat von Ulrike Evezard aus den 1970er Jahren

VERNISSAGE und
AUSSTELLUNGSERÖFFNUNG

„Berufsverbote? Was ist das denn?“ – So die Reaktion vieler Menschen, die die 1960er und 1970er Jahre nicht miterlebten. Viele können sich keine Vorstellung machen vom Gefühl des Aufbruchs und der Veränderung, aber auch keine von dem Umfang und den Folgen der bald einsetzenden staatlichen Repression.

Vom Berufsverbot Betroffene aus Hannover und Neustadt a. Rbge. berichten über ihre Erfahrungen und erläutern Inhalte und Struktur der Ausstellung.

Mit literarischen Texten soll eine Annäherung an die damalige Zeit versucht werden.

Freitag, 27. April 2018, 19.30 Uhr

Foyer u. Raum 17, 1. Etage

VHS Hannover-Land | Veranstaltungszentrum Leinepark
Suttorfer Str. | 31535 Neustadt a. Rbge.

Alle reden vom
Berufsverbot



Wir nicht.
(Wir machen es.)

Plakat gegen die Berufsverbote aus den 1970er Jahren. Zu sehen sind von links nach rechts: Helmut Kohl (CDU, Oppositionsführer im Bundestag), Franz Josef Strauß (CSU, Ministerpräsident von Bayern), Hans-Dietrich Genscher (FDP, unter Kanzler Willy Brandt Innenminister, ab 1974 unter Schmidt Vizekanzler und Außenminister), Helmut Schmidt (SPD, Bundeskanzler)

BERUFSVERBOTE

Kein abgeschlossenes Kapitel der deutschen Geschichte

Anfang 2018 hat die „Niedersächsische Landesbeauftragte für die Aufarbeitung der Schicksale im Zusammenhang mit dem sogenannten Radikalenerlass“ eine Dokumentation mit dem Titel „Berufsverbote in Niedersachsen 1972–1990“ vorgelegt. Zuvor hatte der niedersächsische Landtag festgestellt, dass die Umsetzung des sogenannten Radikalenerlasses „ein unrühmliches Kapitel in der Geschichte Niedersachsens darstellt und das Geschehene ausdrücklich bedauert wird“. Den Betroffenen wurde „Respekt und Anerkennung“ ausgesprochen. Der Landtag stellt heraus, dass diese Menschen „durch Gesinnungsschnüffelei, Berufsverbote, langwierige Gerichtsverfahren, Diskriminierungen oder auch Arbeitslosigkeit vielfältiges Leid erfahren mussten“.

Die Dokumentation ist aber nur ein Anfang: Noch nicht untersucht wurden die Berufs- und Lehrverbote in den niedersächsischen Kommunen, bei öffentlichen und privaten Bildungsträgern und im Bereich der Kirchen. Auch welche psychologischen und politischen Folgen die geheimdienstliche Bespitzelung von Tausenden von Menschen für Schulen und Bildungseinrichtungen hatte, ist noch nicht erforscht. In anderen Bundesländern und auf Bundesebene hat die Aufarbeitung dieses „vergessenen“ Kapitels staatlicher Repression noch nicht einmal begonnen. Die Archive der Geheimdienste bleiben verschlossen. Rentenkürzungen für die Betroffenen bestehen weiter.

Auch in Neustadt a. Rbge., Wunstorf, Garbsen und Hannover waren Lehrer an öffentlichen Schulen und Dozenten in der Erwachsenenbildung von Berufs- und Lehrverboten betroffen. Dies hatte auch gravierende Folgen für die Lehrinhalte.

Wir hoffen, dass die Ausstellung dazu beiträgt, ein Bewusstsein dafür zu wecken, wie leicht demokratische Grundrechte vermeintlichen Sicherheitsinteressen geopfert werden können.

Arbeitskreis Regionalgeschichte
Niedersächsische Initiative gegen Berufsverbote

in Kooperation mit



Gefördert durch

